

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 20. Januar 1950

Nummer 4

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Berlin-Hilfe und westdeutsche Konjunktur

Die Hilfe, die Westdeutschland Westberlin zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz leistet, wird in Westdeutschland häufig als eine Behinderung der westdeutschen Konjunktur empfunden. Obwohl die Beanspruchung des Westdeutschland zur Verfügung stehenden Sozialprodukts (einschließlich Amerika-Hilfe) durch die Berlin-Hilfe zweifellos ins Gewicht fällt, ist sie jedoch unter den besonderen Verhältnissen der letzten anderthalb Jahre im ganzen genommen für die westdeutsche Wirtschaft eigenartigerweise eher ein Faktor der konjunkturellen Belebung gewesen.

Konjunkturrehemmung?

Der westdeutsche Konjunkturaufschwung, der Anfang 1949 ins Stocken kam, dann sich langsam fortsetzte und gegen Ende 1949 wieder verstärkte, ist zwar durch die Freisetzung der Unternehmerinitiative und der marktwirtschaftlichen Kräfte mittels der scharfen Währungsreform in Gang gebracht worden; getragen wurde er jedoch durch die beträchtliche reale Unterstützung aus GARIOA- und ERP-Mitteln. Die Verwendung dieser Mittel bzw. der aus ihnen entsprungenen „Gegenwert-Fonds“ für die westdeutsche Wirtschaftsbelebung wurde zweifellos durch ihre Beanspruchung für Berlin (Finanzierung der Käufe Westberlins in Westdeutschland aus GARIOA-Gegenwertfonds) stark beeinträchtigt. Auch die aus westdeutschen Haushaltsmitteln finanzierten Zuschüsse zum Westberliner Stadthaushalt müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden, da sie die Westdeutschland unmittelbar zur Verfügung stehenden Mittel mehr oder weniger beschränken. Daß die ganze Berlin-Hilfe (mit Ausnahme der Westberlin direkt zufließenden ERP-Beträge) ab Mitte 1949 zunehmend aus westdeutschen Etatmitteln finanziert werden muß, verändert die Zusammenhänge zwischen der Amerika-Hilfe Westdeutschlands und der von Westdeutschland gewährten Berlin-Hilfe nur finanztechnisch.

Diese laufende Beanspruchung Westdeutschlands für Westberlin erscheint auf den ersten Blick um so bedenklicher, als die Verlangsamung des westdeutschen Aufschwunges 1949 in der Erlahmung der Investitionstätigkeit eine ihrer Hauptursachen hat; diese Lähmung der Investitionen ist auch Anfang 1950 noch nicht überwunden. Die Gegenwertfonds waren aber als eine der Hauptquellen der Investitionsfinanzierung ausersehen gewesen, und die Investitionstätigkeit sollte zudem auch durch den Einsatz von Etatüberschüssen angeregt werden, die durch die Berlin-Hilfe zweifellos beschnitten worden sind.

Ferner wird geltend gemacht, daß die Kapitalhilfe, die der Bundesstaat (einschließlich Westberlin) in den kommenden Jahren von den Vereinigten Staaten noch erwarten darf, rasch zurückgeht, vor allem die Netto-Hilfe, das ist derjenige Betrag, der nach Abzug der anderen ERP-Ländern vom Bundesstaat eingeräumten und voraussichtlich weiter einzuräumenden Ziehungsrechte (vermindert um die geringeren deutschen Ziehungsrechte) noch zur Verfügung steht. Zudem erlischt Mitte 1952 die ERP-Hilfe, und nennenswerte private Kapitalimporte sind aus USA kaum zu erwarten. Der Zuschuß- und Ausrüstungsbedarf Westberlins dürfte indes nicht im gleichen Umfang zurückgehen.

So liegen die Dinge — rein finanztechnisch und statisch gesehen. Volkswirtschaftlich und dynamisch gesehen, sehen sie jedoch erheblich anders aus.

Berlinhilfe als Konjunkturstütze

Schon für die verflossene Zeit wäre es falsch, die Berlin-Hilfe von Westdeutschland aus konjunkturpolitisch nur unter dem Blickwinkel der Investitionshemmung zu sehen; tatsächlich lag die Hemmung für den Einsatz öffentlicher Investitionsmittel weniger in dem Umfang dieser Mittel als in den bürokratischen Hemmungen, die sogar zu erheblichen, deflatorisch wirkenden Sterilisierungen von solchen bereitgestellten Mitteln führten. Die bisher überwiegend konsump-

tive Verwendung der Berlin-Hilfe, die ja fast ausschließlich als Nachfrage nach Verbrauchsgütern nach Westdeutschland zurückfloß, hat unter diesen Umständen im ganzen sicher sogar konjunkturstützend gewirkt.

Noch wichtiger als diese Stützung von der Konsumseite her ist jedoch gegenwärtig der Zwang zu einer etwas expansiveren Kredit- und Finanzpolitik, der auch von der Berlin-Hilfe ausgeht.

Wem „gehört“ die Auslands-Hilfe?

Zunächst erscheint es — von Berlin aus gesehen, aber auch vom gesamtdeutschen Standpunkt — eigenartig, anzunehmen, daß die Gegenwertfonds eigentlich Westdeutschland allein zuzustehen, wo sie doch weder Westdeutschland noch Berlin „gehören“ und zudem für Westdeutschland und Westberlin zusammen angesetzt worden sind. Wenn sie dem tatsächlichen Bedürfnis entsprechend regional eingesetzt wurden, so ist dies doch eigentlich natürlich gewesen. Mit gleichem Recht wie die Berlin-Hilfe könnte man die Belastung Westdeutschlands durch andere Notgebiete — etwa Schleswig-Holstein — als Konjunkturerhöhung empfinden. Solche Argumente sind eigentlich nur verständlich auf dem Hintergrund des Kampfes um die Frage, wer eigentlich in erster Linie die Lasten des Kampfes um Berlin — nächst der Berliner Bevölkerung, die auf alle Fälle die Hauptlast trug und trägt — zu tragen hat, die deutsche Wirtschaft oder die gesamte westliche Welt. Die gesonderte Aufstellung eines ERP-Programmes für Westberlin ist denn auch ein — bescheidener — Teilerfolg in dieser Frage¹⁾, — ein sehr bescheidener, nach der Streichung der GARIOA-Mittel als Finanzierungsquelle für einen Teil der „Einfuhr“ Westberlins.

Durchbrechung der deflatorischen Erstarrung

Entscheidend ist bei alledem, daß der Kampf darum, wer die Berlin-Hilfe letzten Endes zu tragen habe, wohl sehr dazu beigetragen hat, das Eis in der jetzt maßgebenden Frage der westdeutschen Kredit- und Finanzpolitik allmählich zum Tauen zu bringen. Die Mitte 1949 erzwungene Etatdeflation in Westberlin war sicher alles andere als zweckmäßig: bei der Reaktionsunfähigkeit der ausgebluteten Westberliner Wirtschaft auf deflatorische Roßkuren waren die Folgen für die Lebenshaltung eines großen Teils der Westberliner Bevölkerung erschreckend; sie konnten bis heute nicht überwunden werden²⁾. Aber gerade diese Tatsache macht — wenn auch viel zu langsam — allmählich bewußt, daß auf diesem Weg nicht weitergegangen werden kann. Die jüngsten Pläne einer erneuten Kürzung der Berlin-Hilfe des Bundesgebietes zeigen nur, wie hart noch immer die aus gewissen „orthodoxen“ Anschauungen heraus entstandenen Widerstände gegen die Anerkennung der tatsächlichen Lage sind. Mag die Berlin-Hilfe in einem bestimmten Umfang Anfang 1949 zu einer gewissen Beeinträchtigung der westdeutschen Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung beigetragen haben, so hilft sie gerade jetzt dazu, den fälligen Umschwung herbeizuführen. Die formelle Aufhebung des von den Besatzungsmächten dekretierten Verbotes von Etatdefiziten in Westdeutschland ist offenbar nur noch eine Frage der Zeit, und die Vorfinanzierung eines

Teils der von Westdeutschland geleisteten Berlin-Hilfe mittels Schatzwechsel, die bei der Zentralbank rediskontierbar sind, ist — neben anderen, nun eingeräumten Möglichkeiten zur Beanspruchung kurzfristigen Zentralbankkredites zum Zwecke der Konjunkturanregung — der ergänzende Schritt, der bereits getan ist. Damit aber gewinnt das westdeutsche Kredit- und Finanzsystem gerade diejenigen Mittel, die es jetzt braucht.

Die neue Situation

Der Durchbruch zu einer expansiveren Kredit- und Finanzpolitik, der z. T. mit Hilfe des von der Berlin-Hilfe ausgehenden Druckes — in Harmonie mit entsprechenden Entwicklungen im Ausland, vor allem in den USA — sich im gesamten Wirtschaftsgebiet des Bundesstaates (Westdeutschland einschließlich Westberlins) durchzusetzen scheint, führt nun allerdings nicht in vollkommen gefahrloses Neuland. Das Ausmaß der möglichen Hilfe von seiten der Kredit- und Finanzpolitik zur Investitionsanregung bestimmt sich weitgehend von der Außenwirtschaftslage, die sich durch den Rückgang der Auslandshilfe in dem Umfang verengen wird, als nicht durch Exportsteigerung ein Gegengewicht gefunden werden kann. Ob dies der Fall sein wird, ist weitgehend eine Frage der allgemeinen weltwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung, aber auch der Fortschritte in der gesamteuropäischen Wirtschaftsintegration und in der deutschen Einstellung auf sie. Zum großen Teil entzieht sich also diese Entwicklung dem deutschen wirtschaftspolitischen Einfluß. Aber es wäre sicher falsch, hier wirtschaftspolitisch von vornherein a la baisse zu spekulieren — denn dann kommt die Baisse bestimmt! Aber selbst innerhalb dieses außenwirtschaftlichen Rahmens verbleibt zweifellos ein erheblicher Spielraum, der um so größer ist, als die Investitionsmittel planmäßig zur Behebung von Produktionsengpässen benutzt wurden und werden. Dieser Rahmen ist in Westdeutschland zweifellos erheblich weiter als z. Zt. in Westberlin. Die teilweise bereits vollzogene Umstellung der Berlin-Hilfe von einer Konsumhilfe zur produktiven Hilfe, die die anfallenden Mittel nun (zu Käufen an Investitionsgütern) zum großen Teil unmittelbar nach Westdeutschland zurückführt, ohne daß sie sofort den Berliner Konsum stützen, hat, so richtig sie im Grunde ist, im anzuschlagenden Tempo ihre Grenzen. West-Berlin benötigt daher neben der Aufbau-Investitions-Hilfe (aus ERP- und westdeutschen Kapitalquellen) bis auf weiteres einen Zuschuß zu seinem Verbrauch in der Höhe des durch die Notwendigkeit der Erhaltung eines westlichen Maßstabes gerechtfertigten Lebensstandards entsprechenden tatsächlichen Bedarfs. Den Teilen der Westberliner Bevölkerung, die jetzt im zeitlichen Ablauf des Wiederaufbauprogramms aus äußeren Gründen leider noch

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 2 vom 7. 1. 1950: Der Einbau der Westberliner Wirtschaft in das ERP. — ²⁾ Vgl. Sonderheft Nr. 5 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: F. Grünig, Die gegenwärtige Wirtschaftslage Westberlins, Oktober 1949.

immer wirtschaftlich nicht zum Zug kommen können, deshalb auch die Konsummöglichkeiten (durch unzureichende Hilfe) ungebührlich zu schmälern, läuft darauf hinaus, eine an sich gesunde Produktionskapazität verfallen zu lassen, nur weil man sie augenblicklich nicht nutzen kann, was selbst privatwirtschaftlich ein wenig sinnvolles Verfahren wäre.

Auch wenn selbstverständlich in einer derart schwierigen gesamteuropäischen Wirtschaftssituation nicht alle Etappen der kommenden Entwicklung klar vorausgesehen und in entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen eskomptiert werden können, so sind die unmittelbar gegebenen, begrenzten Aufgaben doch klar,

Entwicklungstendenzen am Kunstseiden- und Zellwollmarkt

Die Herstellung von Kunstseide und Zellwolle, an deren Entwicklung Deutschland entscheidenden Anteil hat, ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Im Jahre 1922 waren diese Kunstfasern an der Welterzeugung der wichtigsten Textilfasern (Baumwolle, Wolle und Seide) nur mit 1 vH beteiligt, 1936 betrug der Anteil schon 11 vH und 1948 14 vH.

Während sich die Kunstseide bereits nach dem ersten Weltkriege einzubürgern begann, trat die Zellwolle erst im Laufe des letzten Jahrzehnts auf dem Weltmarkt in Erscheinung. In Deutschland wurde die Produktion von Kunstfasern hauptsächlich in der Epoche der wirtschaftlichen Abschießung vom Auslande vorangetrieben; damals wurden die im wesentlichen aus Übersee kommenden Naturfasern in wachsendem Umfange durch Kunstfasern ersetzt. In Italien und Japan, deren wirtschaftliche Situation in dieser Zeit der deutschen ähnlich war, erlangte die Kunstfaserindustrie ebenfalls große Bedeutung. Im Jahre 1938 bestritten diese drei Länder rd. zwei Drittel der gesamten Welterzeugung an Kunstfasern, während die USA nur mit etwa 15 vH beteiligt waren.

Die Welterzeugung von Kunstseide und Zellwolle
in 1000 t

	Kunstseide		Zellwolle		Kunstfasern insgesamt	
	1938	1948	1938	1948	1938	1948
Welt	452	706	421	417	873	1123
davon:						
a) Deutschland	65	33 ¹⁾	154	73 ¹⁾	219	106 ¹⁾
b) Italien	46	48	76	18	122	66
c) Japan	97	16	148	16	245	32
a — c zusammen	208	97	378	107	586	204
Ver. St. v. Amerika	117	388	14	122	131	510

Nach: Rayon - ORGANON June 1949, Vol. XX, No. 6.

¹⁾ Französische und sowjetische Besatzungszone z. T. geschätzt.

Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte die Welt-Zellwollproduktion — beeinflusst durch die Entwicklung in den drei Hauptfabrikationsländern —

und auch die wirtschafts- und konjunkturpolitischen Mittel zu ihrer Inangriffnahme in Westdeutschland und in Berlin vorhanden. Für Westberlin geht der Weg zur Gesundung auf alle Fälle zunächst sicher nicht über eine weitere Kürzung des westdeutschen Zuschusses, sondern über eine allgemeine Expansion der Wirtschaftstätigkeit im gesamten Wirtschaftsgebiet des Bundes (Westdeutschland und Westberlin), in deren Verlauf Westberlin seine Leistungen an Westdeutschland und seine Eigenversorgung so steigern kann, daß der Zuschuß dann — aber auch erst dann — Schritt für Schritt ohne deflationische Folgen für Westberlin ermäßigt werden kann.

die Erzeugung von Kunstseide nahezu erreicht. Während in den USA der weitaus größte Anteil der Fabrikation von Kunstfasern auf die Kunstseide entfiel, die Zellwolle dagegen kaum mehr als ein Zehntel ausmachte, war die Zusammensetzung der Kunstfaserproduktion in den sogenannten Achsenländern gerade umgekehrt. Hier hatte die Zellwolle die Kunstseide bereits überflügelt. Dies war vor allem in Deutschland der Fall, wo 1938 nur noch knapp ein Drittel der Kunstfasererzeugung aus Kunstseide bestand; in Italien und Japan betrug der Kunstseideanteil zu diesem Zeitpunkt 38 und 40 vH.

Den bisher höchsten Stand der Welterzeugung an Kunstfasern brachte das Jahr 1941 mit rd. 1,3 Mill. t. Dieser Rekord ist bisher noch nicht wieder erreicht worden; immerhin konnte sich die Weltproduktion im Jahre 1948 dem Stande von 1941 bis auf etwa 15 vH nähern.

Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist das Schwergewicht der Fabrikation auf die USA übergegangen, während die früheren Hauptproduktionsländer einen tiefen Einbruch in ihre Erzeugung hinnehmen mußten. Infolge des Ausfalls eines wesentlichen Teiles der Produktion Deutschlands, Italiens und Japans — er war besonders umfangreich auf dem Zellwollsektor — hat sich das Schwergewicht in der Welterzeugung zugunsten der Kunstseide verschoben. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in den übrigen Fabrikationsländern die Entwicklung der Zellwollproduktion vernachlässigt worden wäre. In den USA sind die erzeugten Zellwollmengen vielmehr in den letzten zehn Jahren auf etwa das Neunfache gestiegen; gleichwohl hat dort die Kunstseide auch heute noch die stärkere Position inne.

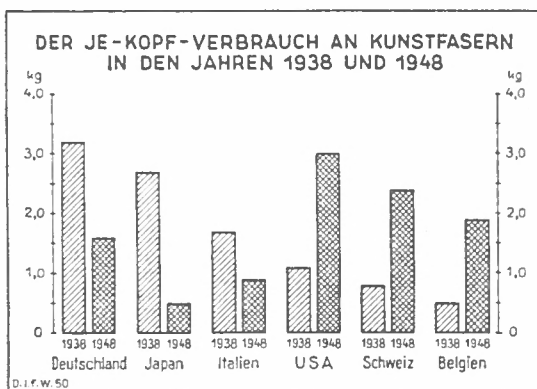
Es ist den Kunstfasern inzwischen gelungen, sich auch auf den reichhaltig mit Naturfasern versorgten Märkten, wie vor allem dem amerikanischen, durchzusetzen und in den Bereichen der Bekleidung und Technik breiten Eingang zu finden.

Sieht man von der Veränderung in der Zusammensetzung der Produktion ab, so hat die Kunstfaser im ganzen gesehen etwa ein Siebentel der

gesamten Welt-Erzeugung an Textilfasern erreicht. Dies bedeutet, daß sowohl Kunstseide als auch Zellwolle den ihnen ursprünglich anhaftenden „Ersatzcharakter“ im Zuge der Entwicklung weitgehend ablegen konnten und nunmehr zum Konkurrenten der natürlichen Textilfasern geworden sind. Vielfach erreichen sie, ja oft übertreffen sie sogar in ihren Eigenschaften die Naturfasern.

Auch die deutsche Kunstfaserindustrie hat inzwischen ihren Tiefpunkt überwunden und 1948 insgesamt fast wieder die Hälfte der Produktion des letzten Vorkriegsjahres erreicht; Italien nähert sich ebenfalls diesem Stande, während Japan erst 13 vH seiner damaligen Leistung wiedererlangt hat.

Mit der Verschiebung des Schwerpunktes innerhalb der Erzeugerländer ist auch eine Veränderung des „je-Kopf-Verbrauches“ in den wichtigsten Konsumentenländern vor sich gegangen. Stand früher Deutschland an der Spitze, so nimmt heute die USA mit fast der gleichen Kopfquote die erste Stelle ein, gefolgt von der Schweiz und Belgien.



Obwohl der Verbrauch an Kunstfasern in allen Ländern ständig gestiegen ist, nehmen sie auf den einzelnen Märkten eine recht unterschiedliche Stellung ein. So spielt die Kunstfaser auf dem amerikanischen Markt noch nicht die gleiche Rolle wie beispielsweise in Deutschland. In den USA waren im Jahre 1948 die Kunstfasern nur mit knapp einem Fünftel am Verbrauch der wichtigsten Textilrohstoffe beteiligt, während der Anteil in Westdeutschland gegenüber 1938, trotz der inzwischen wieder aufgenommenen Einfuhren von Naturfasern, kaum gesunken ist. Damals bestand in Deutschland rd. ein Drittel sämtlicher verbrauchten Textilrohstoffe aus Kunstseide und Zellwolle, 1948 betrug ihr Anteil in der Bizone rd. 30 vH und in der französischen Zone etwa 21 vH. In der sowjetischen Besatzungszone ist

dieser Prozentsatz infolge der fast völlig fehlenden Einfuhren von Naturfasern noch wesentlich höher; somit liegt Gesamtdeutschland erheblich über dem für 1948 errechneten Weltdurchschnitt von 14 vH; es hat ferner den höchsten Kunstfaseranteil aller am ERP beteiligten Länder.

Von dem Anfang Oktober 1949 in Paris tagenden Textilfachkomitee der O.E.E.C.¹⁾ sind 20 vH als Norm des bis 1952 anzustrebenden Anteils der Kunstfasern am Gesamtverbrauch von Textilien genannt worden — ein Anteil, der nach Ansicht der Kommission ohne Verwendungszwang auf den heimischen Märkten unterzubringen sein dürfte.

Im Laufe des letzten Jahres hat die in der Welt ständig steigende Kunstfaserproduktion in einer Reihe von Ländern, insbesondere bei Zellwolle, zu Absatzstockungen geführt. Auch in Westdeutschland bahnte sich während des vergangenen Jahres eine Absatzkrise an, doch hat sich die Nachfrage im Zusammenhang mit den rückläufigen Baumwolleneinfuhren inzwischen wieder belebt. Die Spinner haben infolge der knappen Versorgung mit Rohstoffen sowie aus Preisgründen den Anteil an Kunstfasern bei der Verarbeitung erhöht. Damit wird einmal der Materialmangel überbrückt. Darüber hinaus wirkt sich die veränderte Zusammensetzung auch auf die Preise der Erzeugnisse aus; denn Kunstfasern sind z. Zt. auf dem Inlandsmarkt wesentlich billiger als amerikanische Baumwolle, deren Preis für Deutschland auf Grund der Währungsabwertung gestiegen ist.

In Deutschlands Textilversorgung werden die Kunstfasern wohl auch in Zukunft mehr als ein Fünftel einnehmen, da die verfügbare Devisenbasis nicht ausreichen wird, um neben den lebensnotwendigen Nahrungs- und Rohstoffimporten noch eine großzügige Einfuhr von natürlichen Textilfasern zu gestatten. Es wäre sogar — im Gegensatz zu den augenblicklich in anderen Ländern in Erwägung gezogenen Beschränkungen der einschlägigen Industrie — im Hinblick auf die besondere Lage Deutschlands empfehlenswert, die heimische Fabrikation weiter zu stärken. Sie würde damit in die Lage versetzt, sowohl hochwertige, von den qualitativen Mängeln der vergangenen Jahre befreite, als auch preisgünstige Waren, die nach dem neuesten Stande der Technik hergestellt wurden, auf den Markt zu bringen. Damit wäre eine gewisse Vorsorge für die ausreichende Beschickung des heimischen Textilmarktes für den Zeitpunkt getroffen, an dem die Marshall-Plan-Kredite auslaufen werden.

¹⁾ Organization of European Economic Cooperation.